

Teilnahmegebühr

Für Mitarbeiter/innen aus den Stadtverwaltungen, städtischen Betrieben und Ratsmitglieder gelten:

- 255,- Euro für Teilnehmer/innen aus Difu-Zuwanderstädten
- 385,- Euro für Teilnehmer/innen aus den Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages sowie NGO's.

Für alle übrigen Teilnehmer/innen gilt ein Preis von 495,- Euro.

Diese Gebühren sind nach § 4 UStG Abs. 22a steuerfrei.

Mittag- und Pausenbewirtung sind in der Gebühr enthalten, Kosten für Anfahrt und Unterkunft müssen selbst getragen werden.

Anmeldeschluss ist zwei Wochen vor Veranstaltungsbeginn.

Es gelten unsere **Allgemeinen Geschäftsbedingungen**. Diese und alle erforderlichen Informationen finden Sie unter: www.difu.de/agb

Seminarleitung

→ Ricarda Pätzold und Franciska Frölich von Bodelschwingh, Difu, Berlin

Ihre Ansprechpartnerin für organisatorische Fragen

→ Anja Kleppek, Tel. +49 30 39001-243, fortbildung@difu.de

(Anmeldung nur online möglich)

Schnell und komfortabel – Ihre Onlineanmeldung unter
<https://difu.de/node/12299>



Darum geht's...

Eine sozial gerechte und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik ist ohne eine adäquate Bodenpolitik kaum umsetzbar. Das gilt nicht nur für prosperierende Städte und Stadtregionen, in denen die Steuerungen des Siedlungsflächenwachstums und die exponentiellen Steigerungen der Bodenpreise zu den Hauptthemen gehören. Auch bei der Entwicklung im Bestand und einem Fokus auf die Innenentwicklung erweist sich das Bodenrecht als ein entscheidender Hebel. Die Voraussetzung ist die Ausrichtung der Liegenschaftspolitik an Stadtentwicklungsfragen. Vielerorts müssen Weichenstellungen vorgenommen werden, um einer solchen veränderten Bewertung der Liegenschaften – hinsichtlich Verortung (Zugriff) und Umgang (Regeln) – auch operativ Rechnung zu tragen.

Eine aktive kommunale Liegenschaftspolitik dreht sich eigentlich nur um zwei Fragen: Wie kommen Städte und Gemeinden an Grundstücke (Ankaufsstrategien) und wie verkaufen oder vergeben sie Grundstücke? Da aber die meisten Kommunen in den zurückliegenden Jahren durch Verkäufe einen großen Teil ihrer liegenschaftspolitischen Steuerungskraft eingebüßt haben, spielt der Zugriff auf die Flächen anderer – etwa im Rahmen von Baulandmodellen – ebenfalls eine große Rolle. Im Seminar wird der Bogen gespannt von grundsätzlichen Fragen kommunaler Bodenpolitik bis hin zu einzelnen Ansätzen und Instrumenten.

Zielgruppen

→ Seminar für Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Stadtentwicklung und -planung, Liegenschaften, Wohnen, Regionalverbänden sowie Ratsmitglieder.

Veranstaltungsort

→ Deutsches Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, Berlin (Eingang 14-15) 10969 Berlin

Veranstalter

→ Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
www.difu.de

Der letzte Grund

Baustellen einer aktiven kommunalen Liegenschaftspolitik

**11.-12. März 2019
Berlin**

Montag 11. März 2019

10.00 Begrüßung und Seminareinführung

- Ricarda Pätzold und Franciska Frölich von Bodelschwingh, Difu, Berlin

I. Stadtentwicklung braucht eine aktive Bodenpolitik

10.15 Standortbestimmung aus Frankfurt am Main

- N.N., Dezernat IV - Planen und Wohnen, Stadt Frankfurt am Main (angefragt)

11.00 Standortbestimmung aus Gelsenkirchen

- Thomas Hammwöhner, Stadtplaner im Vorstandsbereich Planen, Bauen, Umwelt und Liegenschaften, Stadt Gelsenkirchen

11.45 Rahmenbedingungen einer kommunalen Bodenpolitik – Stellschrauben und Ansätze

- Prof. Dr. Arno Bunzel, Difu, Berlin
- Hilmar von Lojewski, Beigeordneter des Deutschen Städtetages und des Städtetages Nordrhein-Westfalen für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr, Berlin

12.30 Mittagspause

II. Hoffnungsmodell Erbbaurecht

13.30 Bericht vom Nachbarstern: Aktive Bodenpolitik in Basel

- Dr. Rolf Borner, Geschäftsleiter, Immobilien Basel-Stadt, Basel

14.15 Erbbaurecht als Teil des „Instrumentenkastens“ der Stadtentwicklung

- Bernd Reif, Leiter, Fachbereich Stadtentwicklung und Bauwesen, Stadt Speyer

15.00 Warum hat es das Erbbaurecht so schwer?

- Prof. Dr. Dirk Löhr, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik, Fachbereich Umweltwirtschaft / Umweltrecht, Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld, Birkenfeld

15.45 Kaffeepause

III. Logiken von Grundstückseigentümern

16:15 Bundesimmobilien als Ressource der Stadtentwicklung

- Jörg Musial, Zentrale – Verkauf, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA), Bonn

17.00 Bodenpolitik aus Sicht der Kirche

- Adalbert Schmidt, Oberlandeskirchenrat, Leitung Abteilung 8 - Immobilienwirtschaft, Umweltschutz - im Landeskirchenamt der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover

17.45 Aperó im Foyer

Dienstag 12. März 2019

9.15 Reflexion des ersten Veranstaltungstages

- Ricarda Pätzold und Franciska Frölich von Bodelschwingh, Difu, Berlin

IV. Instrumente und Konzepte

9.30 Drei parallele Arbeitsgruppen

In den moderierten Arbeitsgruppen werden nach einem kurzen Einführungsbeitrag die Erfahrungen der Anwesenden gesammelt und die damit verbundenen wichtigsten Probleme und offenen Fragen zusammengetragen. Anschließend werden Lösungsansätze diskutiert und Schlussfolgerungen für die weitere konkrete Arbeit abgeleitet.

Arbeitsgruppe 1: Baulandmodelle

- In angespannten Bodenmärkten bieten städtische Grundstücke oder Baulandmodelle die Möglichkeit bezahlbare Wohnungen zu bauen. Wie gelingt es, kommunale Ziele nachhaltig zu verankern? Wie gestalten sich Verhandlungen mit privaten Investoren?
- Einführung: Stefan Heinig, amt. Amtsleiter, Abteilungsleiter Stadtentwicklung, Stadtplanungsamt, Stadt Leipzig

Arbeitsgruppe 2: Ausübung von Vorkaufsrechten

- Das Baugesetzbuch enthält verschiedene Konstellationen für Vorkaufsrechte. Dabei ist zwischen allgemeinen Vorkaufsrechten nach § 24 und besonderen, durch vorgeschaltete Rechtsverordnung nach § 25 BauGB begründete zu unterscheiden. Nicht immer ist der Erwerb des Grundstücks das primäre Ziel, sondern es geht um den Abschluss von Abwendungsvereinbarungen.
- Dr. Nicolai Kley, Kommunalreferat Recht und Verwaltung, Landeshauptstadt München

Arbeitsgruppe 3: Kommunaler Liegenschaftserwerb

- Städtische Flächen sind eine wichtige Grundlage zur Umsetzung diverser Stadtentwicklungsziele (von Wohnen bis Gewerbe). Nach Jahren des Flächenverkaufs und auch Erfahrungen mit Konzeptvergaben, verfolgt die Mehrzahl der Städte jedoch keine explizite Ankaufspolitik. Die Notwendigkeit dazu besteht aber, denn die Flächenreserven sind endlich.
- Einführung: Arne Kuchenbecker, Abteilungsleiter, Flächen- und Portfoliomanagement, Landesbetrieb Immobilienmanagement (LIG), Hamburg

11.30 Berichte aus den Arbeitsgruppen

12.00 Mittagspause

V. Denkanstöße zur Innenentwicklung

13.00 Nachverdichtung von Kleingartenanlagen in der wachsenden Stadt Hamburg

- Britta von Hollen, Behörde für Umwelt und Energie, Freie und Hansestadt Hamburg

13.45 Management der Innenentwicklung und deren Grenzen

- Julia Hartmann, Beauftragte für Wohnraum und barrierefreies Bauen, Universitätsstadt Tübingen

14.30 Abschlussdiskussion

15.30 Ende der Veranstaltung